

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Amstliches Kreisblatt für den Landkreis Neuß

Meistverbreitete Zeitung der Kreise Neuß und Grevenbroich

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Wöchentliche Beilagen: „St. Quirinusblatt“ und „Heimatwolk und Heimatkur“. — Preis für die erste Hälfte Mai Mark 1 Billion. Nachzahlung vorbehalten. — Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. Fernsprecher Nr. 53. Reichsbank-Giro-Konto. Postfach-Konto 11800.



Anzeigenpreis — Zahlung bei Ausgabe — für die 34 m/m breite Colonnezeile 25 Goldpfennig, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 30 Goldpfennig. Reklamezeile 1 Goldmark. Anzeigen erbeten bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages.

Nr. 114

Für die Schriftleitung verantwortlich: St. Keil.

Mittwoch, 14. Mai 1924 (Bonifatius, Christian)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

51. Jahrgang

Schwierigkeiten der Regierungsbildung in Frankreich.

Poincarés Ablehnung von der Politik?

Die Kandidatenfrage.

Paris, 14. Mai. Man glaubt, daß bis zum 1. Juni, beim Zusammentritt der neuen Kammer, alle Schwierigkeiten der Regierungsbildung behoben sein werden. Gerriot wird bald als Kandidat für den Präsidentenposten der Kammer, bald als zukünftiger Ministerpräsident genannt. Echo de Paris sagt, wenn Gerriot die Nachfolge Poincarés antreite, so werde doch nach 6 Monaten ein Kabinett des Ausgleiches durch Briand gebildet werden müssen. Als Kandidat für den Kammerpräsidenten wird auch Leon Blum genannt.

Wer folgt Poincaré?

Paris, 13. Mai. Im Anschluß an die Kombinationen, die gestern Abend in den Wandelgängen der Kammer erwogen wurden, schreibt L'Echo de Paris: Unter den politischen Persönlichkeiten, die unter den gegenwärtigen Umständen am meisten als Nachfolger Poincarés berufen zu sein scheinen, wird in erster Linie Briand genannt und an seine Teilnahme als Ministerpräsident an zahlreichen Verhandlungen innerhalb des Verbandes erinnert. Auch der Name Gerriot wurde ausgesprochen. Viele politische Freunde Poincarés erklären jedoch, sie würden für den Augenblick vorziehen, wenn er für den Vorfall in der Kammer kandidierte.

Poincarés Ablehnung von der Politik.

Paris, 14. Mai. Poincaré beschäftigt sich eine gewisse Zeit vom öffentlichen politischen Leben zurückgezogen.

Die Fraktion der Mitte.

Berlin, 13. Mai. Der Gedanke der Bildung einer Fraktion der Mitte aus Zentrum, Demokraten und Volkspartei wird, so schreibt die „A. B.“, begreiflicherweise besonders eifrig von deutschnationaler Seite erörtert und kommentiert. Wir haben bereits mitgeteilt, daß ein bindendes Entschluß über ein solches parlamentarisches Gebilde noch nicht gefaßt werden konnte, weil das letzte Wort die Fraktionen sprechen werden.

In den Blättern der Rechten wird der nationale Bloß der Mittelparteien mit der Androhung bekämpft, daß, wenn ein solcher Bloß gebildet werden sollte, um auf diese Weise eine Fraktion zu bilden, die stärker an Mittelparteien gebunden wäre, als die deutschnationalen, sich auch die Fraktionen der Rechten zusammenschließen könnten, damit sie dann den Anspruch auf die Befragung des Postens für den Reichstagspräsidenten bestell.

Die deutschnationale Fraktion wird sich am 20. Mai konstituieren und voraussichtlich den Anspruch auf den Reichstagspräsidentenposten erheben. Es steht jetzt dafür der Name des Berliner Stadtverordneten Dr. Steininger im Vordergrund. Es ist die Frage aufgelaufen, wie sich die Bayerische Volkspartei zu dem Projekt eines Bloßes der Mittelparteien verhalten würde. Selbstverständlich haben auch in der Bayerischen Volkspartei Verhandlungen noch nicht stattgefunden. Soweit wir unterrichtet sind, scheint die Stimmung der Bayerischen Volkspartei dahin zu gehen, an einem Bloß der Mitte nicht teilzunehmen.

Die erste Reichstagsitzung.

Berlin, 13. Mai. Die erste Sitzung des Reichstages findet am 27. Mai statt. Sie wird nur von kurzer Dauer sein, da lediglich die Mitgliederliste des Reichstages zur Verlesung gelangt. Am darauffolgenden Tage wird der Reichstag zur Wahl des Präsidiums schreiten. Dann folgt der Sühnefahrtstag, der sühnefrei sein wird. Man nimmt an, daß die dadurch eingeleitete Pause bis zum 3. Juni ausgedehnt wird. Erst dann wird der Reichstag seine reguläre Arbeit aufnehmen und, sofern keine Schwierigkeiten eintreten, vermutlich mit kleinen Unterbrechungen bis Ende des Monats zusammenbleiben.

Der preussische Notetat für 1924.

Berlin, 13. Mai. Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages begann am Dienstag die Beratung des Notetats für 1924. Die Aufstellung des Gesamtetats hat sich in diesem Jahre wegen der Umstellung auf Goldmark sehr stark verzögert, so daß eine Reihe dringlicher Ausgaben, insbesondere für begonnene Bauten, vorweg genehmigt werden sollen. Der Ausschuß beschloß, zunächst eine allgemeine politische Aussprache bis zur Beratung des Gesamthaushalts zurückzuschieben. In der Einzelberatung der im Notetat angeforderten Beträge wurde

den mit Rücksicht auf die Finanzlage des Staates nur die Mittel für die allerdringlichsten Zwecke genehmigt. Insbesondere stellte der Ausschuß die Beratung über die angeforderten neuen Beamtenstellen zurück. Bewilligt wurde gegen die Stimmen der deutschnationalen die Stelle eines Polizeipräsidenten in Wiesfeld. Die Weiterberatung findet am Mittwoch statt. Der Preussische Landtag tritt am 27. Mai, nachmittags 3 Uhr, zusammen. Vorher wird der Wirtschaftsrat eine Besprechung abhalten.

Auf der Tagesordnung der Plenarsitzung stehen nicht weniger als 24 Gegenstände, u. a. die Ausführungsbefugnisse zum Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt, außerdem ein Gesetzentwurf über die Errichtung gemeinsamer Arbeitsämter für die Provinzen Nieder- und Oberpfalz sowie für die Provinzen Brandenburg und Grenzmark Posen und Westpreußen und die Stadt Berlin; dann noch ein Gesetz über die Bereitstellung von staatlichen Mitteln zur Urbarmachung von staatlischen Mooren, ein Gesetzentwurf über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens, Beratung des Gesetzentwurfes über die Gleichschaltung, ein amtlicher Bericht des Ausschusses für die Landwirtschaft auf Lösung der Kreditnot der Landwirtschaft sowie schließlich ein amtlicher Bericht des Hauptauschusses über Entschliessungsanträge wegen der planmäßigen Stelle des Leiters der staatlichen Porzellan-Manufaktur. Der Preussische Staatsrat tritt am 27. Mai zusammen.

Kommunistische Forderungen.

Berlin, 13. Mai. Die kommunistische Fraktion des preussischen Landtags brachte einen Antrag ein, der in schärfster Weise gegen die Vorgänge bei der Einweisung des neuen Volkstentals in Halle Stellung nimmt und den Landtag auffordert, folgendes zu beschließen:

Die Angehörigen der erschöpften und verwundeten Arbeiter sind aus der Staatskasse zu unterstützen, die verhafteten Arbeiter sind sofort freizulassen und für die erlittene Haft zu entschädigen. Die Schuldigen an dem Wirtsbade, insbesondere Oberpräsident Höpfing, Polizeipräsident Runge und die Polizeioffiziere sind sofort ihres Amtes zu entheben und zu bestrafen. Der Minister des Innern Geering hat sofort zurückzutreten. Der Landtag fordert sofortige Aufhebung des zivilen Belagerungszustandes durch den sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert.

Die Lage im Kohlenrevier.

Aufruf der Bergarbeiterschaft.

Immer noch steht die Front der ausgeperrten Bergarbeiter fest geknüpft nach innen und außen. Allen Bemühungen zum Trotz ist es bisher den Behörden nicht gelungen, die Aussperrungen

der Bergarbeiter in der öffentlichen Meinung zu rechtfertigen. Die breite Öffentlichkeit in Deutschland steht trotz aller Verschleiervorwürfe der Behörden den berechtigten Forderungen der Bergarbeiter sympathisch gegenüber. In dieser Stunde tritt eine kommunistische-unionistische Zentralfreileitung mit politischen Forderungen der K. P. D. auf den Plan und erhebt den Ruf, in den Kampf für die Diktatur des Proletariats einzutreten. Eine verantwortungslose Gruppe irgendwelcher Führer versucht, die schwer um ihre Existenz ringenden Bergarbeiter vor den kommunistischen Parteifarren zu spannen und die Bergarbeiter in den Abgrund einer blutigen Auseinandersetzung zu treiben. Kameraden! Wenn es den Moskauer Sendboten gelingt, die bisher geübte Disziplin zu zerbrechen, stehen den Bergarbeitern politische Kämpfe bevor, die zum sicheren Zusammenbruch unserer Arbeitsfront führen müssen. Bergarbeiter! Halte den verbrecherischen Revolutionsplan die Parole entgegen, die von den Revolverherren der Verbände herausgegeben wurde. Unser Kampf ruht, was wir immer wieder betonen müssen, nur auf gewerkschaftlicher und wirtschaftlicher Grundlage. Gebt den gefährlichen Agenten des Bürgerkrieges nochmals die ablehnende Antwort, die sie schon einmal von euch erhalten haben, als sie am 6. Mai zum Generalstreik aufriefen. Weigert ihnen die Gewerkschaft, folgt nur den Anweisen der verantwortlichen Organisationsleiter und lehnt alle Zersplitterungsparolen ab.

Für die christlichen Gewerkschaften:

Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter.

Für die freien Gewerkschaften:

Verband der Bergarbeiter Deutschlands.

Für den Gewerkschaftsbund D.

Verband der Bergarbeiter.

Für die politische Berufsvereinsung:

Gewerkschaften Arbeiter Bergarbeit.

Änderung des Reichsminnappschaffgesetzes.

Essen, 13. Mai. Wie verlautet, beschäftigt man sich an den zuständigen Regierungsstellen mit der Ausarbeitung eines Entwurfes auf Abänderung des Knappschaffgesetzes, dessen verhältnismäßig hohe Kautionshöhe (40 Prozent des Kautionslohnes gegen 22 Prozent im Frieden) zu jetzt ziemlich drückend hohen Beiträgen geführt haben.

Kleine Nachrichten.

Düsseldorf, 12. Mai. Die Befahungsbehörde hat die Stadtverwaltung aufgefordert, den bereits wiederholt verlangten Neubau einer Artilleriekaserne jetzt unverzüglich in Angriff zu nehmen. Die Arbeiten sollen sofort beginnen. Im Falle einer nachmaligen Weigerung wird mit dem Kriegsgericht gedroht. Außerdem wird die

Herstellung eines Sportplatzes für die Truppen verlangt, der 23 000 Mark kosten würde, ferner die Bereitstellung eines neuen Schulgebäudes, in welchem eine Unteroffizierschule der Befahrung untergebracht werden soll.

Duisburg, 12. Mai. Die Direktion des Delegations-Bureaus in Krefeld teilt der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer Duisburg-Messe mit, daß, nachdem der deutsche Postdienst den normalen Postbetrieb wieder aufgenommen hat, der leitende Bevollmächtigte glaubt, daß die Gesuche um Ein- und Ausfuhrbewilligungen von nun an unmittelbar durch die interessierten Kreise an das Unterkomitee in Bad Gms gesandt werden können. Die Gesuche brauchen nicht mehr durch Vermittlung der Section economique eingereicht zu werden.

Leipzig, 13. Mai. Der 24jährige Wirtschaftsgelhilfe Hermann Jähndke, der als Mitglied des Stahlhelm am Deutschen Tag in Halle teilgenommen hatte, kehrte gestern Abend mit drei gleichaltrigen Männern nach Leipzig heim. Dort gerieten sie in der Gastwirtschaft „Zur Erholung“ mit 10 Kommunisten in Streit, der sich schnell zu einer Schlägerei verwandelte. Vor der kommunistischen Hebermacht konnten sich die drei Leute retten, während Jähndke in der Bergstraße von Kommunisten eingeholt und mit Messerstichen bedeckt wurde, daß er kurz darauf starb. Die Gendarmerie hat vier Kommunisten als mutmaßliche Täter verhaftet.

Kirchliches.

Münster, 12. Mai. Auch in diesem Jahre war der zur Pfarre Schönnau gehörige Michaelisberg mit der Wallfahrtskirche zum hl. Engel Michael am Feste Michaelisfeierlich das Ziel vieler Pilger. Zahlreiche Prozessionen sah man in Begleitung ihrer Pfarrer mit Kreuz und Fahnen zu der fast 600 Meter hoch gelegenen uralten Wallfahrtskirche hinaufsteigen. Bei dem feierlichen vom Ortspfarrer Knorr vom Schönnau geleiteten Rebitenamt hielt der Bischof vom Erzbischöflichen Konvik in Münster die Festpredigt. Am vergangenen Sonntag erschien von Seiten der Gutsirchen die letzte Prozession mit ihrem ergrauten Pfarrer, der die Schlußpredigt hielt. Noch einmal ertrachtete die Gnadenkirche im Glanze der vielen Opferkerzen. Am 29. September, dem Feste des hl. Michael, ist die Hauptwallfahrtszeit, die bekanntlich acht Tage dauert. Die neuen Kirchenfenster, mit deren Anschaffung der eifrigste Wallfahrtspfarrer nach dem Kriege begonnen hat, sind nun alle hergestellt. Neuerdings ist eine Erweiterung der Orgelbühne geplant.

Bischof Cieplak und der Vatikan.

Der Tempus meldet aus Rom, daß man in dortigen katholischen Kreisen mit großem Interesse eine Unterredung des von der Sowjetregierung wieder freigelassenen Bischofs Cieplak mit dem Papst und dem Kardinal Gasparri erwarte. Cieplak ist heute in Rom eingetroffen, wo er am Vatikanhof von mehreren offiziellen Persönlichkeiten, darunter auch Kardinalstaatssekretär Gasparri empfangen wurde. Offiziell will Msgr. Cieplak dem Papst nur für seine Intervention zwecks seiner Freilassung danken und um einen längeren Urlaub bitten. Doch glaubt man, daß die Unterredung mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse in Russland von großer kirchenpolitischer Bedeutung werden kann. Gerüchtheile verlauten, Msgr. Cieplak würde zum Kardinal ernannt werden, andere Gerüchte wollen wissen, daß der Papst mit Rücksicht auf die Sowjetregierung den Bischof zum Leiter des im vorigen Jahre gegründeten Pensionats für ältere oder erkrankte Bischöfe im päpstlichen Palast Caffelgandolfo ernennen würde.

Letzte Depeschen.

Wie das Hamburger Fremdenblatt mitteilt, wird die Türkei für Deutschland einen Generalkonsul mit dem Namen Ismael Hally bei dem Schwiegersohn von Fethi Bey, Präsident des türkischen Parlaments, übertragen werden.

Mainz, 12. Mai. Wie das Echo du Rhin mitteilt, hat die Interalliierte Rheinlandkommission an Stelle des bisherigen Oberdelegierten für die Provinz Rheinhessen, Oberst Spital, der in den Seeresdienst zurücktritt und einem Regiment der Rheinarmee zugeteilt wird, den General Denbignes, bisherigen Delegierten in Düsseldorf, ernannt. Ferner wurde an Stelle des in den Ruhestand tretenden Hauptmanns Philippe der bisherigen Kreisdelegierte für den Landkreis Wiesbaden, Hauptmann Wimpfen, zum Oberdelegierten für den Bezirk Koblenz ernannt.

London, 13. Mai. Das Kriegsamt gab gestern Abend amtlich die Ernennung des Generalleutnants Sir John Du Cane zum Oberbefehlshaber der britischen Rheinarmee an Stelle des Generals Sir Alexander Godley bekannt.

Zentrumspartei der Stadt Neuß.

Die Zentrumspartei ladet alle Mitglieder zu einem

Unterhaltungsabend

auf Freitag, den 16. Mai, abends 8 Uhr im Marienhaus freundlichst ein

Aus dem Programm:

1. Neußer Doppel-Quartett „Vinea.“
2. Musikkapelle des katholischen Gesellenvereins.
3. Theaterabteilung der Jünglingskongregation St. Marien.
4. Reigentänze aus „Bar und Zimmermann“.
5. Gesangliche Darbietungen des Solisten Toni Lüttgen (Bariton).
6. Reitationen: Herr Berken.

Eintritt frei gegen Vorzeigung der Mitgliedskarten. Alle Parteifreunde, die nicht im Besitz einer Mitgliedskarte sind, werden gebeten, eine solche auf dem Parteibüro in Empfang zu nehmen.

Für Neuz und Umgegend ist die
Haupt-Agentur
 in der alten, angesehenen (auch alle sonstigen
 Branchen betreibenden) Feuer-Versicherungs-
 Ges. zu vergeben. Bestehendes Geschäft vor-
 zuziehen. Müllriger Rentnern, abgab. Beamten u.
 gute Verdienstmöglichkeit geboten; Berufsvertre-
 werden besonders unterstügt.
 Offerten unter A 88 an die Geschäftsste-
 dieser Zeitung.

an, für kleinen Haushalt
Personen) für sofort ge-
st. Waisfrau vorkam.
Kober, Erstr. 11 II.

sofort gesucht. Zweitmäd-
chen vorhanden.
Offerten unter F 5681
an die Exped. d. Blg.

Nievenheim, Dormagen
G. J. Schumacher, Nievenheim

Handwerksmeiſter mit
a. Haus, kath. i. d. 50er
ahren, ſucht mit Fräul.
d. Mitthe o. Anh. im Alt.
50 Jahren zu, baldig
erzigt in Verbin. zu tr.
ff. u. § 36 a. d. Eged.

Braune Lederne Brief-
tasche mit Personalaus-
weis u. anderen Papieren
abhanden gekommen. Der
Selbinhalt kann als Be-
lohnung zurückgehalten
werden. Näheres in der
Expedition des N. O. 3.

zu ihrer Stamm-
höchstem Maße Kr